

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

spd/III/17

Hannover, 9. Februar 1948

Speisekammerdemagogen

Von Herbert Kriedemann, Hannover

Als sich angesichts der immer bedrohlicher werdenden Versorgungslage der Wirtschaftsrat dazu entschloß, ein Gesetz zur Erfassung der gehorteten Lebensmittel zu schaffen, um diese Mengen der allgemeinen Versorgung zuzuführen, warfen sich diejenigen, die sich wegen ihrer angesammelten Vorräte von einer solchen Maßnahme bedroht fühlten, das ominöse Wort "Speisekammergesetz" in die Debatte und machten sich plötzlich zu Beschützern der in Millionen Haushalten leeren Speisekammern auf. Wortreich ist von interessierter Seite versichert worden, daß ein solches Gesetz völlig überflüssig sei - also nicht nur gegenüber dem notleidenden Normalverbraucher. Der Grund ist klar; man will, daß die eigenen Sünden nicht ans Licht gezogen werden und man ruhig auf seinen Lagern sitzen bleiben darf - zum mindesten bis die Währungsreform da ist. Ob bis dahin Millionen in ihrer Gesundheit nicht wie-dergutzumachenden Schaden erlitten haben, kümmert diese Sorte Menschen wenig.

Folgende Beispiele zeigen, wie notwendig das Gesetz ist, auf dessen Durchführung die Bevölkerung mit Nachdruck bestehen sollte. Die Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Vereinigten Wirtschaftsgebietes hat einen Bericht über die Fettbevorratung eines Landes zusammengestellt, der in seinen Einzelheiten und im Ergebnis schlagend beweist, wie die Dinge sich tatsächlich verhalten. Dieser Bericht steht mir als Mitglied des Wirtschaftsrates zur Verfügung. Wenn ich darauf verzichte, an dieser Stelle den Namen des Landes und alle übrigen Namen und Orte aus dem Bericht zu zitieren, dann deshalb, weil ich jede einseitige Beurteilung vermeiden will und weil ich die Überzeugung habe, daß die in diesem Bericht angeführten Tatsachen nicht nur auf das eine Land zutreffen. Ebenso wie die gleichmäßige Versorgung aller Bewohner des Vereinigten Wirtschaftsgebietes eine gemeinsame Angelegenheit ist, für die sich alle gleichermaßen verantwortlich fühlen müssen, ist auch die Sicherung dieser Gleichmäßigkeit davon abhängig, daß überall bei der Erfassung und der Verteilung und ebenso bei der Kontrolle dieser Maßnahmen mit gleichem Maß gemessen wird. Es führt uns nicht weiter, wenn wir uns auf einen Sündenbock stürzen. Das wäre eine Sorte von Partikularismus, die ebenso unzweckmäßig ist, wie jede andere.

Zur Aufklärung einer Differenz zwischen der Verwaltung und dem betreffenden Land unternahmen acht Prüfer Untersuchungen, von denen wegen der geringen Zahl an Prüfern naturgemäß nur einige wenige Betriebe und Lager erfasst werden konnten. Insgesamt wurden 16 Betriebe willkürlich herausgegriffen und in ihnen wurden 2120,5 t an Beständen festgestellt, während in der Fettbilanz des Landes im ganzen nur 2451 t ausgewiesen worden waren. Dabei sind vorhandene Vorräte an Ölsaaten und Ölen ebenso wenig erfasst resp. überprüft worden, wie die Ergebnisse aus der Speckablieferung nach Hauschlachtungen berücksichtigt worden sind, deren Ertrag in Schmalz bis zum Ende der Berichtszeit vermutlich 392 t ergeben mußte.

Unbeschadet der in den einzelnen Betrieben festgestellten Schwarzbestände resp. Fehlmengen, ist schon die Vorratshaltung außerordentlich interessant. Das betreffende Ministerium hat Einlagerungen an Butter, Butterschmalz und Schweineschmalz in Höhe von 1528,5 t veranlaßt. Allein im Gebiete eines Milch- u. Fettwirtschaftsverbandes, der nur für einen Teil des Landes zuständig ist, lagen beim Großhandel Vorräte in Höhe von 201,9 t. Besonders interessant sind natürlich die Mehrbestände. Fünf Firmen - sämtlich in einer Stadt - hatten einen Bestand von 275 kg gemeldet. Die Nachprüfung ergab indessen 1564 kg. Eine Firma in einer anderen Stadt hatte nichts gemeldet; bei ihr wurden 295 kg durch die Prüfer ermittelt. Ein Milchwerk wird im Bericht besonders hervorgehoben. Es hat ein Buttermanko von 50 t und einen Minderbestand von 900 Dosen Trockenmilch. Diese Zahlen sprechen für sich. Sie beweisen aber auch, wie unbedingt notwendig eine genau Überprüfung der Bestände ist, gleichgültig, ob es sich um böswillige oder fahrlässige Verheimlichung in dem einen oder anderen Fall handelt.

Durch das Nothilfegesetz sind der Verwaltung Völlmachten für schnelles und durchgreifendes Handeln gegeben. Sie ist bei besonders schweren Verstößen nach diesem Gesetz in der Lage, sofort Treuhänder für mehrere Jahre einzusetzen, Zwangsverpachtungen vorzunehmen oder die Geschäfte zu schließen, wenn es sich darum handelt, einem Saboteur ein für allemal das Handwerk zu legen. Die bisher geübte Praxis, auf dem Weg über eine gerichtliche Klage solche Dinge zu verschleppen, steht einer wirksamen Abwehr gewissenloser Spekulanten nun nicht mehr im Wege. Die Verwaltungen arbeiten überall unter parlamentarischer Kontrolle. Die Landtagsabgeordneten, die Mitglieder der Kreistage und der Gemeindevertretungen haben nunmehr die Möglichkeit, auf ihre Verwaltung dahingehend einzuwirken, daß die Vorschriften des Gesetzes auch angewendet werden. Sie können sich insbesondere bei der Überprüfung von Betrieben unmittelbar einschalten.

Diese Möglichkeiten sind von den Hortern sofort erkannt worden und gerade darum haben sie versucht, das Gesetz lächerlich zu machen, ein Gesetz, das dem Hungernden die Möglichkeiten bietet, über seine gewählten politischen Vertreter endlich einmal seine Angelegenheiten selbst in die Hände zu nehmen und denen, die ihm sein Recht auf Leben streitig machen, indem sie ihn zum Hungern zwingen, direkt gegenüber zu treten.

Verdächtiges Entgegenkommen

Österreichs Situation nach den russischen Vorschlägen

Dr. K. P. Wien, Anfang Februar

Am 20. Februar werden in London die stellvertretenden Außenminister zusammentreten, um das Gespräch über Österreich fortzusetzen, das Anfang Dezember scheinbar ausweglos abgebrochen worden war. Neue Hoffnung ist am Ballhausplatz eingekehrt, umso mehr, als die russische Politik in der österreichischen Frage einen Ansatzpunkt zu neuen Verhandlungen gegeben hat. Ende Januar wurde zunächst von den amerikanischen Besatzungsbehörden ein Plan vorgelegt, der eine Reihe von Befugnissen der Besatzungsmächte auf die österreichische Regierung übertragen soll. Generaloberst Kurassow, das russische Mitglied im Interalliierten Kontrollrat für Österreich, antwortete darauf mit Vorschlägen, die u. a. nichts mehr und nichts weniger als die Abschaffung der Militärregierungen verlangen. Kurassows völlig überraschende Vorschläge wurden aber - und das war sehr bezeichnend - von einem halboffiziellen Angriff gegen verschiedene österreichische Regierungsmitglieder begleitet. Ernährungsminister Sagmeister, Energieminister Misch und vor allem Außenminister Gruber sind die Hauptzielpunkte der systematischen Angriffe. Von den Beschuldigungen gegen sie bis zu der Forderung, sie durch genehme Persönlichkeiten zu ersetzen, ist nur ein kleiner Schritt.

Der Kardinalpunkt der österreichischen Frage - die wirtschaftlichen Forderungen Rußlands - hat neue Aspekte dadurch erhalten, daß die Russen ihre Ansprüche ermäßigt, bzw. konkretisiert haben. Sie verlangen nun das gesamte Vermögen der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft in Ungarn, Rumänien und Bulgarien, sowie 25. v.H. der Anteile in Österreich. Für 50 Jahre sollen zwei Drittel der Ölproduktion, sämtliche Öltraffinerien und Verteilungskonzerne den Russen gehören. Auf alle anderen Ansprüche auf deutsche Vermögenswerte will Rußland gegen eine einmalige Zahlung von 200 Mill. Dollar verzichten. Da Österreich nicht in der Lage ist, diesen Betrag aufzubringen, müßte praktisch die USA das Zustandekommen des österreichischen Staatsvertrages den Russen abkaufen. Dies dürfte die härteste Nuß für die kommenden Londoner Beratungen werden.

Die Meinung der alliierten Kreise in Wien kann man dahin zusammenfassen, daß der russische Vorschlag, der eine Herabsetzung der Forderungen von 800 auf 350 Mill. Dollar bringt, als das erste wesentliche Zugeständnis betrachtet werden muß, das Moskau gemacht hat. Das ist auch die Meinung der österreichischen Parteien. In Regierungskreisen ist man noch zuversichtlicher, da man glaubt, daß das größte Hindernis zu einer Beseitigung der vorhandenen Differenzen jetzt weggeräumt sei. Ein amerikanischer Sprecher in Wien erklärte: "Es handelt sich um die ersten wirklichen Vorschläge, die von den

Sowjetrussen bisher gemacht wurden und sie wurden in hiesigen amerikanischen Kreisen mit größtem Interesse aufgenommen. Da wir an einer zufriedenstellenden Lösung der Vertragsfrage in größtem Ausmaß interessiert sind, wird der russische Vorschlag einem sehr sorgfältigen Studium unterzogen werden. Zum ersten Mal liegt uns von sowjetischer Seite etwas vor, womit wir uns wirklich positiv und gründlich befassen können".

Inzwischen setzt Kurassow seine Zermürbungstaktik in Österreich fort. Die Voraussetzungen dazu hat er in der Vier-Zonen-Teilung Österreichs und besonders der Hauptstadt Wien, die sich bereits ähnlichen Drohungen ausgesetzt sieht wie Berlin. Die wirtschaftliche Lage des Landes bietet ihm dafür alle Chancen. Von den rund 442 000 landwirtschaftlichen Betrieben liegen mehr als die Hälfte in der russischen Zone. Über 200 Industriebetriebe befinden sich unter russischer Kontrolle, darunter einige große Schlüsselbetriebe, die das Wiederaufbauprogramm des ganzen Staates beeinflussen, z.B. die Elektroindustrie, die nahezu mit 80 Prozent, auf Teilgebieten bis zu 100 Prozent der Gesamtkapazität in den Händen der Russen ist. Ein gleiches gilt für die Donauschifffahrt, deren Ausfall die Wirtschaft Österreichs auf die Dauer vor nahezu unlösbare Fragen stellt.

Die von den Russen beherrschten Betriebe stellen aber nicht nur wirtschaftliche Ausbeutungsobjekte dar (Exporte ohne Verrechnung mit der Österreichischen Nationalbank); in gleichem Maße sind diese Betriebe politische Stützpunkte, von denen aus die Innenpolitik mit kommunistischen Ansprüchen bombardiert wird, die in keinem Verhältnis zur zahlenmäßigen Stärke der Kommunisten stehen.

So optimistisch man auch in offiziellen Kreisen ist, so fehlt es doch nicht an Stimmen, die in den russischen Vorschlägen nichts anderes sehen als eine elastische Verzögerungstaktik, und die der Meinung sind, daß ein österreichischer Staatsvertrag ohne einen deutschen Friedensvertrag nicht zu erzwingen sei, weil die Russen Austauschpfänder in ihrer Hand nicht vorzeitig preisgeben würden. Insbesondere werden Ziele wie die Überlassung Ostdeutschlands oder auch fernöstlicher Stützpunkte an die Russen erwogen.

Sinkende deutsche Volkskraft

sp. Immer wieder arbeiten gewisse Kreise des Auslandes mit der Behauptung, Deutschland werde durch sein zu erwartendes natürliches Wachstum in wenigen Jahrzehnten wieder eine erhebliche Gefahr darstellen. Wie es damit in Wirklichkeit bestellt ist, geht aus einem Artikel hervor, den kürzlich in der Züricher Zeitung "Die Tat" der Bevölkerungspolitiker Fritz Harzendorf veröffentlichte. Es wird darin der Nachweis geführt, daß der Niedergang des deutschen Volkes sich unaufhaltsam vollziehe. Die gegenwärtig einschließlich der noch zu erwartenden Kriegsgefangenen sich auf 70 Mill. belaufende Bevölkerungszahl werde im Jahre 1985 auf 45 Mill. abgesunken sein. Harzendorf schließt daraus: "Die Konsequenzen aus einer solchen Entwicklung sind ganz klar. Das verkleinerte Deutschland wird nicht mehr überbevölkert sein, und dadurch auch für seine Nachbarn keine Gefahr mehr bedeuten."

(1/9248/Ha)

Frankreich und die OSJ

sp. Es liegen Informationen vor, die erkennen lassen, daß die USA jetzt bereit sein sollen, Frankreich einen bestimmten Anteil an der Verwaltung und Kontrolle in den Westzonen einzuräumen. Dies soll in besonderen Maße für die Kontrolle des Ruhrgebietes gelten. Eine wesentliche Beschränkung der eigenen maßgebenden Stellung in diesen Fragen befrechte die Washingtoner Regierung danach nicht. Ebenso wenig werde sie mit einer Änderung des neuen Statuts der bizonalen Wirtschaftsverwaltung einverstanden sein, die irgendwie ins Gewicht fällt. Diesen Standpunkt hat offenbar General Clay in Paris nachdrücklich vertreten.

Es ist nun recht interessant, was die in außenpolitischen Fragen führende französische Zeitung "Le Monde" in diesem Zusammenhang zu sagen hat. Das Blatt, das die Katholische republikanische Volkspartei vertritt, also die Partei Bidaults und Schneiters, des französischen Deutschland-Ministers, weist darauf hin, daß die Erklärung des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Ehard gegen die Frankfurter Beschlüsse durchaus in der Linie der französischen Politik liege. Aus dieser Tatsache wird gefolgert, Frankreichs Position in Deutschland sei gar nicht so schlecht, wie man bisher vermuten konnte, da ja die Partei des Herrn Ehard mindestens in Süd-Westdeutschland über parlamentarische Mehrheiten verfüge. Es heißt dann wörtlich weiter: "Da sich die französischen Auffassungen denen der Deutschen Mehrheit nähern, kann unsere Regierung eine sichere Unterstützung finden. Im Gegensatz zu dem, was man gesagt hat, wäre Frankreich in einem vereinten Westdeutschland nicht in der Rolle eines "armen Verwandten". Zwischen den Alliierten und den Deutschen dürfte mit einem Spiel zu rechnen sein, bei welchem Frankreich großer Einfluß eingebracht werden könnte."

Dieser Artikel erschien in der genannten französischen Zeitung unmittelbar nach der Reise, die den Minister für deutsche und österreichische Angelegenheiten, P. Schneiter, durch den Südwesten Deutschlands, nach München, Wien und Berlin geführt hatte...

Labour Party gegen Europa-Kongress

sp. Vier internationale Organisationen, die sich die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa zum Ziel gesetzt haben, haben jüngst auf einer Sitzung in Paris die Einberufung eines "Europa-Kongresses" beschlossen, der in den Tagen vom 7. - 10. Mai in den Haag stattfinden soll. Unter den Einberufern befindet sich auch das Komitee für ein Vereinigtes Europa, das unter der Führung von Winston Churchill steht und dem auch Mitglieder und Abgeordnete der englischen Labour Party, u.a. auch Victor Gollancz, angehören. Vom Exekutiv-Komitee der Labour-Party ist nun eine Aufforderung an die Mitglieder der Labour Party ergangen, sich am Europa-Kongress nicht zu beteiligen. Man glaubt, diesen Entschluß auf die Absicht der Labour-Party zurückführen zu dürfen, nunmehr selbst die Initiative zur Gründung einer Bewegung für ein geeintes Europa ergreifen zu wollen. (B. 65/1/92/hs)

Bericht über die deutsche Republik

In den ersten drei Jahren seiner Emigration hat Friedrich Stampfer den grossen politischen Bericht niedergeschrieben, den er jetzt durch den Bollwerk-Verlag, Offenbach, unter dem Titel "Die ersten vierzehn Jahre der deutschen Republik" vorlegt. Es ist eine fast 700 Seiten umfassende Darstellung der deutschen Politik zwischen 1918 und 1933 mit einem einleitenden Kapitel, das bis zur Jahrhundertwende zurückgreift.

Es wird heute wenig Männer in Deutschland geben, die über die Zeit der Weimarer Republik und ihren Ursprung mit gleicher Sachkenntnis etwas zu sagen haben wie Friedrich Stampfer. Von 1916 bis zum Verbot des Blattes war Stampfer Chefredakteur des sozialdemokratischen Zentralsorgans, des "Vorwärts", lange Jahre war er Mitglied des Reichstages und des Parteiverstandes. Bei der Abfassung seines Werkes stand ihm die reichhaltige Bibliothek des Frager Parlaments zur Verfügung, die die gebundenen Jahrgänge des "Vorwärts" von 1918 bis 1933 besass. "Da die meisten Artikel über wichtige politische Ereignisse von mir selbst geschrieben waren", schreibt Stampfer, "wurde mir beim Lesen die damalige Situation wieder gegenwärtig". So ist das Buch nicht nur ein persönlicher Bericht, sondern ein Kompendium der Weimarer Epoche. Eine unendliche Fülle von Ereignissen und Personen taucht auf. Für den, der damals schon die Tragik des ersten demokratischen Versuches bewusst miterlebte, ist das Buch eine wertvolle Erinnerungstütze, für den Jüngeren eine ebenso gründliche wie lebendige Einführung.

In jedem Falle ist es aber eine bittere Lektüre. Vor allem ist es für uns - aber auch für die anderen - gewesen wäre, wenigstens die verhängnisvollsten Fehler und Irrtümer zu vermeiden und es ist noch peinlicher, zu sehen, wieviel davon, kaum abgewandelt, heute wiederholt wird - trotz allen Warnungen jener, die schon einmal das Gleiche oder Ähnliches erlebt.

Stampfer begann seinen grossen Bericht im Alter von 60 Jahren zu schreiben. Nüchterne Klarheit und eine gewisse erwerbene Leidenschaftslosigkeit, die im deutlichen Gegensatz zu dem natürlichen Temperament des politischen Kämpfers für einen freiheitlichen Sozialismus steht, kennzeichnen Gedankenführung und Diktion des Buches. Natürlich widmet der Sozialdemokrat Stampfer der SPD, ihrem Entwicklungsgang, ihren besonderen Schwierigkeiten und Aufgaben erhöhte Aufmerksamkeit, aber nie hat man den Eindruck einer störenden Einseitigkeit. Grossartig die Durchleuchtung der Zusammenhänge zwischen Innen- und Aussenpolitik, die Schilderung der komplizierten parlamentarischen Verhältnisse und der zahlreichen Hypothesen, die auf ihr lasteten. Stärksten Interesse werden auch die Urteile über die Männer begegnen, die damals im Rampenlicht standen, zumal sie immer einen bis zur Eigenwilligkeit persönlichen Charakter tragen. Das Buch wünscht man vor allem in die Hände der Jungen und Jüngeren, weil es einmal im grossen Wurf und in der Sprache des unmittelbaren Erlebens das wahre Bild einer Zeit wiedergibt, die solange Jahre nur im Zerrbild verleumderischer Entstellung gezeigt wurde. -u

Verantwortlich: Peter Baumau